



Fachtag „Programm für alle! Migrantinnen und Migranten in den deutschen Medien“ Samstag, den 09.11.2013, Neues Rathaus Hannover

Die Verantwortung der Medien für die Haltungs- und Meinungsbildung sowie die politischen Entscheidungen in unserer multikulturellen Gesellschaft ist groß. Sie prägen den öffentlichen Diskurs und haben starken Einfluss auf unsere Wahrnehmung der Wirklichkeit.

Negative Berichterstattung, geringer Anteil in Redaktionen, einseitiges Programm: Migrantinnen und Migranten haben es schwer beim Zugang zu den Medien – sowohl als Zielgruppe als auch beruflich. Oft greifen Zeitungen und Rundfunk auf klassische Stereotypen zurück und grenzen damit – bewusst oder unbewusst – Menschen aus.

Der Niedersächsische Integrationsrat hat diese Problematik im Rahmen einer Fachtagung thematisiert und die eigenen Positionen mit Medienvertretern und der Landespolitik im Neuen Rathaus der Stadt Hannover diskutiert.

In seinem Grußwort bedankte sich **Bürgermeister Bernd Strauch** (Vorsitzender des Internationalen Ausschusses der Stadt Hannover) bei dem NIR für die Aufnahme dieses wichtigen Themas und betont die herausragende Rolle der Medien für die gesamtgesellschaftliche Integration. Auch die Alternativlosigkeit des Migrationsthemas hob er hervor, die Wanderung der Menschen ist ein Bestandteil der heutigen Weltgesellschaft und wird auch weiterhin von den Medien begleitet werden.

Der Vorsitzende des NIR **Abdou Ouedraogo** stellt in seinem Grußwort aus Sicht der kommunalen Migrantenvertretungen 5 Forderungen vor:

Zum einen muss die Präsenz von Menschen mit Migrationshintergrund in der Medienlandschaft in Niedersachsen gestärkt werden. Zweitens geht es um Sensibilisierung für die Ansprache der jeweiligen Zielgruppe. Als Drittes kann auch die Einschaltquote erhöht werden, indem Menschen mit Migrationshintergrund gezielt angesprochen werden. Viertens, müssen Arbeitsmöglichkeiten für Menschen mit Migrationshintergrund geschaffen werden, damit sich fünftens das reale Gesellschaftsbild in den Medien widerspiegelt.

Im dritten Grußwort hob Landtagsvizepräsident **Klaus-Peter Bachmann** das 20-Jährige Bestehen der Integrationskommission zu Fragen der Migration und Teilhabe des Nds. Landtags hervor und bedankt sich beim Vorstand ganz herzlich für das Mitwirken (allein die Namensveränderung zeige schon die Entwicklung der Bedeutung des Themas).

Das Land will neben einer neuen inhaltlichen Ausrichtung der Referate für Migration und Teilhabe das Engagement der Migrantenselbstorganisation durch eine strukturelle Förderung stärken. Dabei geht es um eine verstärkte Grundlagenfinanzierung (v.a. Geschäftsstellen) und nicht mehr nur um Projektförderung. Zudem hat der Landtag eindeutige Beschlüsse gefasst, dass es sich in Zukunft nicht mehr nur um eine Berichterstattung über, sondern von Menschen mit Migrationsgeschichte handeln soll. Dementsprechend soll der Anteil der Beschäftigten im öffentlichen Dienst den Prozentzahlen der Bevölkerung entsprechen. Dies betreffe auch in den Anteil der Redaktionen in den öffentlichen Medien.

Herr Dr. **Arno Beyer** verdeutlichte in seinem Hauptvortrag, dass es sich bei diesem Thema um Generalisierung in Hochform handelt, das sowohl 15 bis 20 Millionen Migrantinnen und Migranten als auch die Medien mit ihren 70.000 Journalisten, 300 Tageszeitungen, 4000 Zeitschriften, 300 öffentlich-rechtliche Radiosendern und 30 bis 40 Vollprogrammen betrifft.

Drei Ebenen erscheinen aus diesem Grund hilfreich, um die Thematik angemessen beschreiben zu können:

1. **Migranten als Nutzer:** Laut einer ARD/ZDF Studie aus dem Jahr 2011 gibt es keine Parallelgesellschaft in der Nutzung der Medien. Die deutschsprachigen Fernsehmedien sind das Leitmedium unter den Nutzern mit Migrationshintergrund im jüngeren und mittleren Alter. Eine Zweitnutzung von heimatprachlichen Programmen ist zwar da, aber die Hauptnutzung sind deutschsprachige Medien (Studie 2011). Hörfunk wird von einem Drittel weniger genutzt als Deutsche ohne Migrationshintergrund (keine Begründung).
2. **Migranten als Gegenstand der Berichterstattung:** Die ARD-Leitlinien 2012/14 beschreiben es folgendermaßen: „Die ARD betrachtet es als eine ihrer wesentlichen Querschnittsaufgaben, die Realität der deutschen Einwanderungsgesellschaft in all ihren Programmangeboten, vor allem auch

im überregionalen Hauptprogramm *Das Erste*, darzustellen. Ziel ist es, den Alltag der Menschen aus Zuwanderungsfamilien als Teil der gesellschaftlichen Normalität abzubilden und dabei glaubwürdig die Chancen einer kulturell vielfältigen Gesellschaft zu vermitteln, ohne ihre Probleme und Risiken auszublenden."

Herr Dr. Beyer hob hervor, dass für alle Berichtsgegenstände die gleichen journalistischen Kriterien gelten: Glaubwürdigkeit, Ausgewogenheit und Wahrhaftigkeit. Die sehr große und heterogene Gruppe von Migrantinnen und Migranten mit ihren vielen und große Teilgruppen sowie Einzelmigranten gilt es als Gegenstand der Berichterstattung aufzuarbeiten. Die Abbildung der Realität sieht Herr Beyer bis heute schon recht gelungen. Es geht nun vordringlich darum, Grenzen nicht zu verletzen und keine Informationsunterdrückung zuzulassen, sie muss aber einhergehen mit Informationsanordnung. In den Redaktionen wird bewusst auch immer nach positiven Beispielen gesucht. Im Bereich der Fiktion (z.B. Serien) hat es zudem einen Aufschwung von Rollen, die von Menschen mit Migrationshintergrund gespielt werden, gegeben.

3. **Migrantinnen und Migranten vor und hinter der Kamera:** Der Anteil der Mitarbeiter mit Migrationshintergrund beim NDR ist laut Schätzungen sehr gering (ca. bei 1-3 Prozent). Eine Quotenregelung wird jedoch nicht als zielführend bewertet. Steuerung kann am sinnvollsten und bisher auch erfolgreich über die Ausbildung erfolgen. Der Anteil von Auszubildenden mit Migrationshintergrund im Volontariat des NDR lag zwischen 1993-2003 bei ca. 1 bis 2 Prozent. 2012 lag dieser bei schätzungsweise 15 Prozent. Nachdem der NDR der Charta der Vielfalt beigetreten ist, ist der Anteil im derzeitigen Jahrgang der Volontärsausbildung auf 35-40 Prozent gestiegen. Dieser Anstieg sei nicht zufällig zustande gekommen, sondern eine bewusste operative Strategie auf Personalentscheidungsebene. Daneben werde die Charta der Vielfalt durch eigene Kapitel zum Thema in Entwicklungs- und Geschäftsberichten, durch die Seminarpflicht für Auszubildende zum Thema interkulturelle Kompetenzen oder durch einen Diversity-Thementag in der Sendung gewährleistet.

Zusammenfassend sieht Herr Dr. Beyer die Entwicklung positiv, jedoch noch keineswegs abgeschlossen:

„Geplant tauchen Migrantinnen und Migranten vor und hinter der Kamera fiktional oder nicht-fiktional immer mehr auf, zufällig tauchen sie auf, wenn sie Gegenstand einer Berichterstattung sind, aus einer Gegebenheit des Alltages heraus, dass sie natürlich auftauchen ist noch nicht soweit. Das wird noch Jahre dauern, vielleicht nicht Jahrzehnte.“

Nach dem Vortrag wurde eine angeregte Diskussion im Plenum geführt, die folgende Fragekomplexe offen ließ und zugleich Bedarfe für weitere Diskussionen aufzeigt:

- Der Verbleib der Auszubildenden kann nicht verfolgt werden. Es gibt keine Planstellen für Auszubildende beim NDR. Wie kann also sichergestellt werden, dass die Volontäre tatsächlich in redaktionellen Bereichen Fuß fassen können?
- Muttersprachliche Programme sowohl im Rundfunk als auch im Fernsehen waren dem Plenum ein wichtiges Anliegen. Laut Herrn Dr. Beyer gebe es einen geringen Bedarf und somit falle solch ein Spezialprogramm nicht in der Zuständigkeit des NDR.
- Die NSU-Morde wurden hinsichtlich der Berichterstattung und der Rolle der Medien bei der Aufklärung der Morde als äußerst wichtiger Diskussionspunkt thematisiert, der nicht abschließend diskutiert werden konnte. Zum einen ist ein Ungleichgewicht bei der Berichterstattung aufgefallen, in der wochenlang über die Ermordung von 8 Menschen mit Migrationshintergrund und einer Polizistin gesprochen wurde, also einer Gleichsetzung von ethnischem Hintergrund/Staatsangehörigkeit und einem Berufsstatus. Ist dies eine Berichterstattung über erwünschte und unerwünschte Personengruppen? Die andere Frage betrifft die allgemeine Rolle der Journalisten bei der Aufklärung der Morde. Wäre es nicht auch eine Aufgabe des Journalismus gewesen die erfolglose Aufklärung der sogenannten „Döner-Morde“ durch die „SoKo-Bosporus“ kritisch zu hinterfragen bzw. nach rassistischen und rechtsterroristischen Motiven zu fragen? Beide Diskussionsstränge sind noch längst nicht hinreichend diskutiert und bedürfen einer umfassenden Aufarbeitung. Hieran muss sich auch die deutsche Medienlandschaft selbstkritisch beteiligen.
- Die Kritik im Programmalltag ist selten und zu oft als Pauschalkritik formuliert. Herr Dr. Beyer bittet darum, mit konkreten Kritikpunkten und Beispielen die Regionalredaktionen an zu sprechen.

Im nächsten Programmpunkt wurde von etablierten Journalisten mit Migrationshintergrund aus der Praxis berichtet.

Die Journalistin, Moderatorin und Autorin **Navina Sundaram** verfasste ein persönliches Statement zu der Frage: Personelle Vielfalt in den Medien – ein bereits gelebtes Leitbild? Da sie als „Urgestein“ mit offensichtlichem Migrationshintergrund 35 Jahre in der ARD tätig war, u.a. als Moderatorin des Weltspiegel oder als Auslandskorrespondentin des NDR und ARD, fragt sie sich, ob dies als Leitbild bezeichnet werden kann. Obwohl ihre Medienkarriere durchaus als gelungen bezeichnet werden kann und sie für sich persönlich viele ihrer Ziele erreicht hat, ist ein Satz einer Kollegin prägend für ihre berufliche Karriere: „Dich in deiner Ambivalenz zu lieben, daran ist die Kamera gescheitert“ Zusammenfassend stellt Frau Sundaram fest, dass die gesellschaftliche Vielfalt auf den Chefetagen noch nicht angekommen ist. Schon seit 20 Jahren referiert sie zu dem Thema „Mehr Migrantinnen und Migranten in den Medien“, geändert habe sich nicht viel.

Der Journalist **Miltiadis Oulios** fragte in seinem Statement nach Hürden für Journalisten mit Migrationshintergrund in deutschen Medien. In einer eigenen kleinen Befragung von 45 Medienschaffenden mit Migrationshintergrund wird deutlich, dass Hürden aus migrantischer Sicht existieren. Die meisten Befragten nennen die Festlegung auf Nischenthemen als Hindernis. An zweiter Stelle werden mangelnde Beziehungen benannt, die auch viele deutschstämmige Journalisten überwinden müssen. Erstaunlich ist aber nach wie vor, dass Vorbehalte gegenüber Journalisten mit Migrationshintergrund eine ebenso große Rolle spielen (ein Akzent wird z.B. als sprachliche Schwäche gesehen). Zudem stellt in der Erfahrung der Befragten auch ihre kritische Sichtweise auf den deutschen Mainstream eine Hürde dar. Dies bestärkt das Gefühl, nicht an die „guten Jobs“ zu kommen und gerade in Zeiten in denen die Finanzen die Jobmöglichkeiten begrenzen, wird der Kampf schwieriger.

Dem fehlenden Stallgeruch wird eine weniger bedeutende Rolle zugemessen, vielleicht weil die befragten Journalisten selbst aus einem bildungsnahen Elternhaus stammen. Gerade weil der Anteil an sog. Bildungsfernen und aus dem Arbeitermilieu stammenden Migranten so hoch ist, ist hier ein doppeltes Hindernis wirksam. Die soziale Homogenität gilt unhinterfragt als normal. Der Journalismus als Berufsoption ist keine Selbstverständlichkeit für junge Menschen mit Migrationshintergrund, da er eben keine diskriminierungsfreie Zone ist und ein schnelles Gehalt nicht zu erwarten ist. Womit die soziale Homogenität der Medienschaffenden, bestehend aus Bildungsbürgertum, zu einer doppelt wirksamen Hürde wird.

In Zukunft ist weiter zu hinterfragen, was die Bezeichnung „Migrationshintergrund“ neben einer statistischen Aussage inhaltlich noch beinhaltet.

Im Rahmen der **Podiumsdiskussion** mit wurde mit Christos Pantazis MdL (SPD), Belit Onay MdL (Bündnis 90/Die Grünen), Hillgried Eilers MdL (FDP) und Alptekin Kirci (Verbindungsbüro Nds. Landesbeauftragte für Migration und Teilhabe) abschließend nach konkreten Lösungsmöglichkeiten durch die Politik gesucht.

Der geringe Anteil von Redakteuren mit Migrationshintergrund motiviert die Politik die Zusammenarbeit mit dem Bund zu verstärken und die Arbeit der Nds. Integrationskommission wieder zu beleben. Jedoch haben Medien und Politik gleichwertige Verantwortung: sie organisieren, ob und wie über bestimmte gesellschaftliche Phänomene geredet wird (z.B. Griechenland, Sarazin-Debatte). Somit sollten Leitlinien, sowohl für Politik als auch für Medien, eine deutliche Schärfung und stärkere Verbindlichkeit erfahren. Auch die verstärkte Nachwuchsförderung in den Ausbildungsberufen sollte von der Politik verstärkt als Stellschraube in den Blick genommen werden.

Was die Berichterstattung angeht, wird ein Fehlen von integrationspolitischen Themen (wie z.B. Doppelte Staatsbürgerschaft/Optionsmodell) konstatiert, aber auch die Art und Weise der Berichterstattung ist zu kritisieren, es stellt sich auch hier die Frage, wie Ernst die Charta der Vielfalt genommen wird (siehe Leitlinien).

Konsens besteht darin, dass ein Wandel in der Berichterstattung wahrgenommen wird (z.B. weniger Darstellung des vermeidlichen Zusammenhangs zwischen Migrationshintergrund und Kriminalität), jedoch findet sich dieser Wandel nicht in den Redaktionen wieder.

Die Politik kann auf Medien Einfluss nehmen, indem sie weiterhin die Medien sensibilisiert (Ehrenkodex z.B.). Zudem müssen die MSOs oder Religionsgemeinschaften im Nds. Rundfunkrat als zivilgesellschaftliche Stimme vertreten sein. Außerdem sollte die Quotenfrage erneut gestellt werden.